



Aus der ... Einem Dr ... Diferenz ... unterstämte ...

Ufo, er ... erben und ... der Arbe ...

Dieses Be ... gewalt ...

Ein beso ... Dresden-N ...

Daraus ... alles wagen ...

Am 11. ... Titel einen ...

Zu dem ... Bürgerliche ...

1. Unmo ... und erh ...

2. Unwa ... Schul ...

3. Wahr ... nach ...

4. Wahr ... Einbu ...

Die B ... geringen ...

38. B ... nach ...

### Zum Streik der Holzarbeiter in der sächsischen Metallindustrie

Die am 24. und 25. d. Mts. im Arbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberern der Metallindustrie und den Holzarbeitern fanden am Sonnabend den 25. d. Mts. insofern einen Abbruch, als eine von beiden Parteien gewählte Verhandlungskommission in dem Betreff des Ausmaßes zur Vermeidung der Ausperrung zu tun, bestimmte Einigungsvorschläge machte und diese den Parteien zur Annahme empfahl. Sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer werden zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen und sich bis Dienstag den 28. d. Mts. gegenseitig von ihrer Entscheidung in Kenntnis setzen. Werden die Vorschläge beiderseitig angenommen, kann die drohende Ausperrung als erledigt angesehen werden, andernfalls wird sie aufrechterhalten und nur um einen Tag verschoben.

### 160 000 Streikende in Dänemark

Der Riesenstreik in Dänemark verschärft sich immer mehr. Die Zahlen der Ausgesperrten betragen 160 000. Am Dienstag straten 20 000 Mann in dem Sympathiestreik. Die Hafen- und Transportarbeiter haben sich angeschlossen, um den Machtwillen der Unternehmer zu brechen. Der Hafenverkehr liegt vollständig still. Die Normerger Hafen- und Transportarbeiter sind in den Solidaritätsstreik getreten.

### Personentarif der Reichsbahn 10 Prozent ab 1. Mai

Die bereits angekündigte Erhöhung der Personentaxe bei der Reichsbahn, die eine Erhöhung der Personentaxe um zehn Prozent bringt, wird nunmehr am 1. Mai in Kraft treten. Der Teil des Reichsbahngesetzes für das Rechnungsjahr 1925, der nicht durch sonstige Mehreinnahmen gedeckt werden kann, beträgt etwa 80 Millionen Mark. Die Erhöhung der Taxe wird begründet mit den Mehrausgaben für Personalangelegenheiten und Belohnung der Reichsbahn durch Aufgeklärter, Bartgehalter und Hinterbliebenenbeschäftigung. Die Erhöhung der Taxe wird begründet mit den Mehrausgaben für Personalangelegenheiten und Belohnung der Reichsbahn durch Aufgeklärter, Bartgehalter und Hinterbliebenenbeschäftigung. Die Erhöhung der Taxe wird begründet mit den Mehrausgaben für Personalangelegenheiten und Belohnung der Reichsbahn durch Aufgeklärter, Bartgehalter und Hinterbliebenenbeschäftigung.

### Die „Iswestija“ gegen Riedner und die Auslandhebe

Moskau, 27. April. Ein Artikel der „Iswestija“ wendet sich gegen Äußerungen einiger deutscher Blätter anlässlich des Urteils im Leipziger Thalman-Prozess. Der Artikel erklärt, dass Sowjetrußland niemals das Recht auf Einmischung in die deutschen Angelegenheiten beanspruchen habe, noch beanspruchen werde. Die russische Arbeiterklasse sei mit der deutschen fest verbunden und werde auf diese Verbindung nicht verzichten. Die Stürzung Deutschlands entspreche den Interessen der Sowjetregierung. Denn sie erhöhe das Übergewicht gegen die Gewaltherrschaft des angelsächsischen Imperialismus. „Iswestija“ betont sodann, die Sowjetregierung sei bereit, gute nachbarliche Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten und bedauere es daher aufs Lebhafteste, daß in Deutschland Kreise vorhanden seien, die der Annäherung beider Länder Hindernisse in den Weg legen. Das Blatt wendet sich zum Schluß gegen die Rede des Senatspräsidenten Riedner, die geeignet sei, die deutsch-russischen Beziehungen beträchtlich zu schädigen. Die Sowjetregierung sei realpolitisch und sehe im Betrage von Rakota nach wie vor den richtigen Weg zur Stärkung beider Länder. Jeder Realpolitiker wisse, daß nur diesejenige Regierung bestünde, welche auf eigenen Füßen stehe. Deshalb wäre eine mit Sowjethilfe geschaffene deutsche Arbeiterregierung eine schwache Regierung. Die Stürzung Deutschlands entspreche aber den Interessen der Sowjetregierung.

### Die Fensterjustiz in Finnland Die RR. verboten.

Helsingfors, 27. April. Das höchste Gericht in Finnland hat in letzter Instanz das Urteil gegen die im Herbst 1923 verhafteten Kommunisten gefällt, in dem die vom Volksgericht verhängten Strafen teilweise herabgesetzt und der Beschluß des Volksgerichts betreffend die Auflösung der kommunistischen Organisationen als lediglich auf die Partei und die Parteileitung für anwendbar erklärt worden ist.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die unter dem Namen Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands gegründete kommunistische Partei den Zweck verfolgt habe, die bestehende Staatsordnung umzustürzen und die Autokratie zu errichten. Für die Durchführung der Revolution sei zwar kein bestimmter Zeitpunkt festgelegt worden, doch sei die Partei bereit gewesen, in jedem Augenblicke zur Aktion zu schreiten, sobald die Aussichten für eine erfolgreiche Durchführung günstig erschienen seien.

### Das Kabinett Painlevé in russischer Beleuchtung

In der „Brawda“ weist Karl Kadel darauf hin, daß die neue französische Regierung Arbeit brauche, die aber jedenfalls nicht oder nicht rasch genug erhalten werden und deshalb zur weiteren Inflation zwingen müsse. Das Kabinett Painlevé werde sich nicht solange halten, wie Herriot sich hielt. Während werde wahrscheinlich Neuwahlen forciert und alle Kräfte der Reaktion mobilisiert.

In der „Iswestija“ erklärt Stedlow, die Umkehr des Kabinetts bedeute nur eine Zurückführung der Massen; das sei keine wesentliche Veränderung. Die Gruppe Louchet sei nur durch zwei unbedeutende Leute vertreten. Dies bedeute, daß diese Leute die bürgerliche sächsische Regierung für die Verteidigung ihrer Interessen für geeigneter halten als den Faschismus. Ferner meint Stedlow, daß Briand und Caillaux auf Wunsch der Industrie und Bankkreise ins Kabinett eingetreten seien. Die Börsenschönigen haben mit Caillaux Verhandlungen geführt und die neue Regierung zugegeben. Der Faschismus hat diesmal mit der organisierten Attade auf Herriot keinen offenen und unmittelbaren Erfolg gehabt. Die Reaktion vermochte aber ihren Willen der kleinbürgerlichen Demokratie aufzuzwingen. Das Kapital hat seine Positionen aufrecht erhalten. Es ist ihm sogar günstiger, wenn die Machtformel in den Händen der „Radikalen“ und „Sozialisten“ liegt.

### Der Kampf um den „Stillen Ozean“

Aus Tokio wird gemeldet: Die japanische Regierung hat beschlossen, sofort nach den amerikanischen Flottenmanövern im Stillen Ozean ebenfalls Flottenmanöver großen Umfangs abzuhalten. Diese sollen mindestens den gleichen Umfang haben wie die amerikanischen. Auch bei jenen soll ein großzügiger Landungsversuch auf einer der japanischen Inseln unternommen werden. Die Luftflotte wird dabei eine große Rolle spielen. Die Manöver werden am 22. Mai beginnen. Der Prinzregent wird den Manövern beiwohnen. Es soll die Schlacht bei Tsushima nachgeahmt werden.

### Die „Opposition“ der SPD. war und bleibt elende Heuchelei.

Bisher war die SPD. Steuerintreiber der Entente, sie waren bereit, Marx zu diesem Steuerintreiber zu machen. Ihre Opposition werden elende Phrasen sein.

Sie haben ja Gelegenheit zu beweisen, ob sie jetzt kämpfen wollen. Wir haben schon gestern erklärt: Hindenburg kann nicht sein, wenn es die Arbeiter nicht wollen. Nun wählen, mögen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum wenigstens auf parlamentarischem Wege den Versuch unternehmen, um ein Gegengewicht gegen die monarchistische Gefahr zu schaffen. Mögen sie die Auflösung der Reichswehr, die Schaffung der Volksmiliz, die Entfesselung der Polizei, ihre Entmilitarisierung beschließen, mögen sie den Achtundzestig, den unüberwindlichen, beschließen, die Unterjochung der Kommunisten werden sie sicher bekommen, die Möglichkeit ist auch vorhanden, mögen das die schwarz-rot-goldenen Republikaner durchzuführen. Wachen sie das nicht, dann ist vor der ganzen Arbeiterschaft ihre Rolle hergestellt:

Helfer der Monarchisten!

### Der Amtsantritt des Massenschlächters

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, erfolgt der Amtsantritt des Reichspräsidenten voraussichtlich am 10. Mai. Das Reichskabinett soll bestehen bleiben, der Zentrumsminister Brauns und der Demokrat Gieseler im Kabinett verbleiben. Der Zusammenstoß, das Trennelement der Republikaner zur Monarchie, ist also schon offen vorgezogen.

In Preußen scheint der Zutritt für den Sozialdemokraten Braun aber schon vorbereitet zu sein. Die bürgerliche Presse meldet, daß Braun heute sein Kabinett vorstellen soll, daß ihm aber einige Stimmen an der Mehrheit fehlen werden. Diese Stimmen hätten aber auch gefehlt, wenn Marx gewähnt worden wäre. Die SPD-Arbeiter, die auf den plumpen Trid hereingefallen sind, waren auf jeden Fall die Betrogenen.

### Schwarz-rot-goldene Trauerklänge

Daß die mit der Bourgeoisie verkappte sozialdemokratische Führertruppe die Wahl Hindenburgs benutzen würde, ihren eigenen Verrat an der Arbeiterklasse zu maskieren, war vorauszusagen. Die „Dresdner Volkszeitung“ sowohl als auch der „Vorwärts“ überschreiben ihre geistigen Falschberatungen mit dem demagogischen Phrasen „Kommunistischer Verrat“ und „Der Sieg Hindenburgs mit kommunistischer Hilfe“.

In einem langen Geschreibsel versucht die „Dresdner Volkszeitung“ die Niederlage des schwarz-rot-goldenen Volksblods zu ergründen. Die „Dresdner Volkszeitung“ heult, daß ihre bürgerlichen Freunde zu Hindenburg gelaufen sind. Sie wirt den sächsischen Demokraten vor, unehrliches Spiel getrieben zu haben und schreibt:

... wie wir nach verschiedenen Anzeichen überhaupt das Gefühl haben, daß die sächsischen Demokraten nicht in dem betreffenden Maße ihre Pflicht taten. Vergleicht man die Listen mancher Dresdener Bezirke, so hat man den Eindruck, daß nicht wenige Hellschwarz-Wähler sich von der sentimentalischen und verlogenen Hindenburg-Parole einfangen ließen. Die schwarz-rot-goldenen Bannerträger sind zu Hindenburg gelaufen. Warum denn weinen, liebe Tante vom Kettiner Platz — bei Hindenburg seht ihr euch wieder.

Daß die sächsischen Demokraten nicht für den Zentrumsplassen Marx gestimmt haben — kann ihnen die „Volkszeitung“ nicht vergehen. Reagiert schreibt die „Volkszeitung“:

„Kandidat Otto Braun-Wähler ist getrennt dabeim geblieben, aber glaubte, gegen Hindenburg am härtesten zu demonstrieren, indem er Thalman wählte. Marx erwidert manchem unserer Wähler nicht als ein genügend scharfer Protest gegen die deutsche Reaktion. Aus einem verständlichen Gefühl wurden falsche Konsequenzen gezogen. Nicht das Gefühl buchte hier entscheidend, sondern der nüchterne Verstand mußte sprechen. Vom Standpunkt der nüchtersten politischen Verrechnung aus war Marx gegen Hindenburg das erheblich kleinere Uebel, was er vor allem der Kandidat der republikanischen Parteien.“

Gemacht, ihr Herren! Eben das verständliche Gefühl wird noch manchem ehrlichen Proleten die Lippen öffnen und erkennen lassen, auch die letzte Konsequenz zu ziehen und dieser politischen forumpuieren Partei den Rücken zu kehren.

Die Leipziger Volkszeitung, das führende Organ der sächsischen „Einigen“ stellt fest, daß die Niederlage der Republik darin zu suchen ist, daß

Wilhelm Marx vor allem in kulturpolitischen Fragen als höchst unzuverlässig galt, und glaubt, daß es möglich gewesen sei, durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten den Kommunisten eine Schlappe beizufügen.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Verfassung bleibt wie sie ist. Hindenburg muß sie, wenn er Reichspräsident wird, beschwören. Nur eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages, nur die Mehrheit aller stimmberechtigten Wähler kann sie ändern. Also, bleibt sie, wie sie ist! Es wäre denn, sie wollten es mit Gewalt, per seuchen. Sie werden sich hüten! „Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold!“ Hindenburg wird die Verfassung beschwören! Sehr richtig! Hindenburg auf dem Boden der Verfassung! — Was wollt ihr mehr? Warum sollte nicht auch die deutsche Sozialdemokratie mit diesem verfassungstreuen Hindenburg ein Bündnis eingehen? — Die Sozialdemokratie kann ihre Ziele auch in einer Monarchie erreichen!

### Zantoffs „Beweise“

London, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Herald“ tritt den Beweis dafür an, daß der Moskauer Bries, der für einen kommunistischen Aufstand in Bulgarien am 15. d. Mts. bestimmt war, eine Fälschung ist, welche in Berlin im bulgarischen Spionagebureau hergestellt wurde, und zwar auf einem Briefpapier der Komintern (Kommunistische Internationale) mit dem Aufdruck „Departement für ausländische Beziehungen“, was einen völlig sinnlosen Text darstellt, weil die Komintern eine internationale Organisation ist, für die kein Land als ausländisch in Betracht kommt.

Die „Kote Kahne“ hat schon vor Wochen ein Faktum in der gefälschten Briefbogen veröffentlicht.

### Finanzkatastrophe in Frankreich

Paris, 26. April. Herriot hat heute in Aurillac eine Rede gehalten, in der er die Politik seines Kabinetts zu rechtfertigen versuchte und in der er sehr ausführlich über die Platte der französischen Finanzen berichtete. Die Rückforderungen der Schatzanleihen sind von 385 Millionen Ende Februar auf 467 Millionen Ende März gestiegen. Besonders auffällig war es, daß er die Vorkaufstrategie mit keinem Worte berührte. Die politische Gesamtlage seit dem Kriege bis heute sei eine einzige „verfälschte Gelegenheit“.

man mag ihnen in der dazu das Fundament gelassen haben. Sollte die Republik die Großbesitzer enteignet und nicht die Kleinrenten, hätte sie den Opfern des Krieges und der Arbeit, den Sozial- und den arbeitsunfähigen Kleinrentnern eine gesicherte Lebensbasis gegeben, hätte sie den kleinen Bauer und den Arbeiter seine Existenz gesichert, hätte sie mit eiserner Energie die monarchistische und imperialistische Bewegung niedergeboren, hätte sie die „Schreibkassen“ und „Deputationsstellen“ hätten keine Gelegenheit gehabt zum Scheitern, sie hätten keinen Boden gefunden, auf dem, wenn sie illegal ihre Saat gektret, diese gesessen wäre und Frucht getragen hätte. Hinter einer solchen Republik hätten alle die durch sie befreiten, ehemals unterdrückten Schichten gestanden.

Weshalb stellt der sozialdemokratische Schmonch die Fragen nicht so, weshalb stellt er sie nicht marxistisch? Nur, weil er ein Vertreter des Großkapitals im Arbeitslager ist, weil die Sozialdemokraten den Aufbau des Kapitalismus ankämpfen. Die Frage auf ihre ökonomischen Ursachen abstellen heißt, sie auf die Republik der Arbeiter abstellen, heißt sie stellen wie Karl Marx, nicht Wilhelm Marx. Karl Marx aber stellt die Frage des Übergangsstadiums wie folgt: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der empirische Weg eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Die Republik der Diktatur des Proletariats, das ist die Plattform, auf der die jetzt entschulten und angewiderten Schichten gehalten werden und zu Kampf und Verteidigung geführt werden können. Die jetzige Republik zu verteidigen, daran haben aber nur die sozialdemokratischen Führer, die gekauften und bezahlten Agenten des Kapitals ein Interesse, denn sie erhalten Beamten- und zivile Stellen im Ministerium, in den Parlamenten, in ihren Zeitungen und Gewerkschaften, sie haben etwas zu verteidigen.

Marx, wir meinen Wilhelm Marx, verteidigte mit keiner Abstellung aber nicht die Republik, sondern die Konfuzien-Interessen, die Hofner, Rendellhorn und Hölzer, gegen die Sozial-, U. G. & Co. tut quatsch. Das muß die SPD. den Arbeitern verschweigen, wolle sie das aussprechen, müßte sie sich selbst aufgeben. Wir aber müssen die Arbeiter über diese ökonomischen Ursachen aufklären, wir müssen herantreten an die „Leute der Monarchie“ und ihnen unser Programm zeigen. Die Monarchie, Hindenburg, auf den sie jetzt ihre Hoffnung stellen, wird ihnen nichts geben. Sie werden wieder enttäuscht sein. Da müssen wir sie gewinnen.

Run zu einer weiteren Frage. Sie ist so kindlich und albern gestellt, daß man eigentlich nicht darauf einzugehen braucht. Die gesamte aufgeschaltete Menschheit muß in ein schalendes Geräusch ausbrechen, wenn sie diesen Scheißschrott liest. Selbst die Pfaffen werden schmunzeln. Wir können uns so die Verlogenheit des armen Soldatens vorstellen, wie er seinen Federhalter kaut und dann folgenden Papierchen gegen die Freidenker führt: „Sie (die Freidenker-Zentrale, Anmerk. d. R.) operierte hier fast nur mit der antikatolischen, pseudo-freidenkerischen Phrase vom „Pflaster Marx“, der in Wirklichkeit wie ein Pfaffe war.“ „Daß du die Kasse im Gesicht behältst.“ Die Reklamation der „D. R.“ verteidigt die Partei des Pfaffen, jedes Kind in Sachsen und im Reich weiß, daß sich der Kampf gegen den „Pflaster Marx“, gegen den Betriber der Zentrumspartei und gegen den Befürworter des bannlichen Kontorabts richtete. Der Sozialdemokrat aber nennt diesen Kampf gegen die pfaffenlichen Bestrebungen pseudo-freidenkerisch. Die Freidenker haben also nach ihm die Aufgabe, mit den Pfaffen sich zu vernehmen. Um das zusammenzugehen mit den Pfaffen zu rechtfertigen, um über die wahren Grundursachen des Hindenburgstieges hinweg zu balancieren, um fester an die Bourgeoisie heranzufommen, kommt es zu folgenden Rühnheiten: „antikatolische Legendenbildung“, „sozialdemokratisches Kulturfampfgelue“, kommunistische Pfaffenzerseher und Blümenspiegler — das sind die Gründe, warum gerade in Sachsen der Volksblod am ungünstigsten abkann.“ Nein, das sind nicht die „Gründe“, sondern die „Gründe“ sind die Gründe der Gründe, die oben von uns angeführten ökonomischen Ursachen, die die Massen zu Hindenburg trieben, oder dort, wo sie die Lage erkannten, zu Thalman führten.

Über der Burck hat Routine, er überschlägt sich förmlich in der Ablehnung und Aufgabe proletarischer Grundätze, um bei der neuen Nachtgruppierung nicht zu kurz zu kommen. Er verteidigt die katholische Kirche — vielleicht ist er ein getaufter Jude —, er fordert die Aufgabe des Kulturkampfes, den er als „sozialdemokratisches Kulturfampfgelue“ bezeichnet. Wahrheit, dieses „linkssozialdemokratische“ Blatt läuft schon mit fliegenden Fahnen ins andere Lager über.

Den tollsten Kopfsprung leistet sich der Geckle aber in seiner fanatischen Wut gegen die Kommunisten. Hier ordert er auf einmal alles, was Haß und Angst nur zu geben vermag. Hier leistet er sich aber auch den tollsten theoretischen Kopfsprung, wenn man von Theorie bei dieser verrückten Dialektarbeit überhaupt noch sprechen kann. „Die SPD. hat dem mittelständlichen General einen entscheidenden Posten der Republik zugeschanzt ...“

Nein, nicht die SPD. Die SPD. hat die Klassenfront hergestellt, hat die Arbeiter ausgerückt, ihnen den Weg gezeigt, auf dem sie gegen die Monarchie kämpfen müssen. Die Zutreiber der Massen zu Hindenburg war die SPD.; wir brauchen oben Gesagtes zur Begründung nicht zu wiederholen.

Dann aber folgt ein Satz, der die ganze Unkenntnis des Artikelschreibers über marxistische Theorie, marxistische Grundätze und marxistische Kampfführung, über die Stellung Marx' zur Kirche offenbart, oder wohl noch richtiger — wir wollen der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung“ nicht unrecht tun und ihr nicht so viel Unkenntnis unterstellen —, die die ganze Fälschertruppe der Sozialdemokraten beleuchtet. Der Leitartikel schreibt: „Sie (die Kommunisten, Anmerk. d. R.) verloren trotz ihrer unmarxistischen Pfaffenzerseher auch diesmal wieder.“ Einmal ist das gelungen, die Kommunisten haben gewonnen, wenn auch nicht viel gewonnen im ganzen Reich, aber immerhin 100 000 Stimmen, dann aber, soll man kommen oder laufen über so viel Dummheit und Frechheit oder Dummfrechheit. Der Kampf gegen die Pfaffen ist nicht nur „antifreidenkerisch“, sondern sogar „unmarxistisch“. Wirklich, der Burcke hat etwas los. Er verteidigt die Verteidigung der Pfaffenpartei mit Marx. Das ist nicht nur Frechheit, das ist Verleumdung. Aber das zeigt den Weg der SPD. an, sie ist eine bürgerliche Partei geworden und muß es nun mit allen Konsequenzen sein. Um so besser für die Arbeiterschaft, um so eher wird diese Partei zerfallen. Da der Geckle aber weiß, daß die SPD. diesen Zerfall der SPD. beschleunigen wird, schreibt er nach dem Zerfall. Hindenburg, hilf! „Die Liquidation der in Auflösung befindlichen Moskauer Partei muß vom sozialistischen Proletariat so rasch wie möglich vollendet werden.“ Der Schmonch weiß, das sozialistische Proletariat wird die SPD. nicht liquidieren, sondern zur SPD. stoßen, deswegen gilt der Schrei nach Auflösung dem Diktator, so wie die SPD. sich als getreue Opposition ankündigt.

Wir der gerissenen Demagogen des sozialistischen Schmonch schlägt der Scheißerstein seinen Artikel: „Die Oppositionenbildung der Sozialdemokratie wird durch diese Entscheidung verhindert. Wir werden jetzt mehr denn je Gelegenheit haben, den